

Der Hamburger Volksentscheid gegen einen neuen Schulumbau ist ein  
Menetekel für die grüne Partei

## Wirklichkeitsfremd

Von Gerd Held

Es sind 276304 Stimmen geworden. Das ist viel, besonders wenn sie gegen eine Allparteien-Koalition stehen. Es gibt Volksentscheide, bei denen den Regierenden einfach Wünsche vorgelegt werden und sie dann sehen müssen, wie sie damit zurechtkommen. Doch der Hamburger Volksentscheid des vergangenen Sonntags ist nicht von dieser Art. Hier haben Menschen votiert, denen es ernst ist mit dem Lernen und die nahe dran sind an der Schulwirklichkeit der Hansestadt. Nicht bei ihnen war der Leichtsinn, sondern gegenüber bei den Vertretern einer Schulreform, die im abstrakten Modelldenken verhaftet war. Die suggestive Formel des „gemeinsam lernen“ hat nicht gezogen. Dass eine deutliche Mehrheit das gegliederte Schulsystem verteidigt hat - in einem Land, in dem täglich alle möglichen sozialen Spaltungen beschworen werden - sollte zu denken geben. Es ist ein moralischer Sieg über die sozialpolitische Gegenauflärung.

Zwar haben sich zunächst alle Blicke auf den Rücktritt des CDU-Bürgermeisters gerichtet, doch sind die eigentlichen Verlierer die Grünen. Die Grün-Alternative Liste stellte nicht nur die verantwortliche Senatorin, sondern sie verkörperte auch als Partei die Schulreform. Sie war eine Reform nach grünem Geist. Die Rolle des Erneuerers, des Engagierten, des Sozialen und zugleich Bildungsbeflissenen war hier zum Projekt geworden. Die Rolle des „Antreibers“ der CDU schien zu funktionieren. Doch dann stellte sich heraus, dass die Bürger ganz anders unterwegs sind. Die Bewegung der Bürger ist da, wo die Grünen nicht sind. Gerade noch beanspruchten die Grünen, die eigentlichen Vertreter des Bildungsbürgertums zu sein.

Nun hat sich der Abgrund gezeigt, der beide trennt. Mit der Devise „Wir wollen lernen“ machten sich Eltern, Lehrer und Schüler das Bildungsanliegen zu eigen, das sie bei der grünen Partei gerade nicht vertreten sahen. Die Initiative traf genau den Punkt: Die Reform ging an der Unterrichtsrealität vorbei und kam einer Arbeitsverweigerung der Schulverwaltung gleich. Es ist generell der kritische Punkt der Grünen. Die Tonlage der Partei ist globaler als die der größten Volksparteien – sie beansprucht nicht weniger als „die Großstadtpartei“ zu sein. Aber es gibt kein Feld, auf dem die Grünen tatsächlich eine Reform durchgearbeitet hätten. Das gilt auch auf dem Feld, auf dem sie einmal viele Wähler mobilisierten, dem Bildungswesen. Im Schulalltag sind sie weit davon entfernt, die tragenden Kräfte an den Schulen zu stellen. Eher stehen hier in der zweiten Linie - stark im Prinzipiellen, oft schon resigniert in der Praxis. Wäre es anders, sähe das Hamburger Ergebnis anders aus.

Aber sind die Grünen nicht unaufhaltsam im Aufwind? Werden ihnen nicht alle Mißerfolge der Volksparteien – zuerst der SPD, dann der CDU – auf magische Weise zu Erfolgen? Durchaus nicht, denn eine Partei kann noch Wahlerfolge einfahren, wenn sie schon moralisch angeschlagen ist. In diesem Land umgibt die grüne Partei ein besonderer Mythos. Sie ist zu einer Art Lieblingskind der Bundesrepublik geworden, in dem diese ihre demokratische Integrationskraft gespiegelt sieht. Das hatte seine Berechtigung. In den 90er Jahren war tatsächlich ein Ehrgeiz zu spüren, in der Republik anzukommen und zu zeigen, dass man Verantwortung tragen kann. Damals wurden auch die Lasten übernommen, die

damit verbunden waren - wie bei der Agenda 2010 oder dem Kosovo-Krieg. Doch genau hier zeigt sich heute der Unterschied. Der Diskurs der Grünen ist billig und polemisch geworden. Heute hat die grüne Partei nicht die Kraft, dem Land offen die Anstrengungen und Opfer zu erklären, die es für seine Wohlfahrt braucht. Damit fällt sie hinter den neuen Ernst der Bürger zurück, der sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Die Grünen halten nicht Schritt mit dieser Entwicklung, die Wege scheiden sich wieder. Gewiss kann die Partei noch über Jahre zweistellige Wahlergebnisse bekommen und

doch ist sie schon dabei, auf das soziale Stressless-Milieu zurückzufallen, das es hierzulande auch gibt. Ihre Reaktion auf das Hamburger Votum ist dafür ein weiterer Beleg. Kein Stimme der Korrektur ist zu hören, nur ein selbstgewisses „weiter so“. In Nordrhein-Westfalen soll den Bürgern noch einmal das Gleiche vorgesetzt werden. So erscheint die bürgerliche Weiterentwicklung der Grünen nur noch als leere Phrase. Sie sind schon wieder auf Distanz zur Lebenswirklichkeit der Republik. Das Hamburger Ergebnis ist ihr Mementekel.

*(Manuskript vom 20.7.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 23.7.2010 unter der Überschrift „Auf Distanz zur Wirklichkeit“)*